

Demokratie und ihre Erfinder

Hamid Sadr

Vorweg: Die westlichen Staaten nehmen uns, die säkularen, demokratischen Kräfte Persiens nicht ernst. Ihre Hilfeleistung beschränkt sich auf moralische verbale Zustimmung.

Die Aussage eines in Wien bekannten Psychoanalytikers vor einigen Monaten, machte mich eine Zeit lang Stumm. Er wollte den Zuschauern des österreichischen Fernsehens anschaulich machen, wie man „gute“ Laune in seiner eigenen Umgebung erzeugen kann und erzählte folgendes:

„Mein Chauffeur ist ein gebildeter Exilperser, deswegen auch öfter schlecht gelaunt. Damit er die Arbeit mit besserer Laune beginnen kann, genügte oft schon, von ihm etwas über die Geschichte Persiens in der vorislamischen Epoche erfahren zu wollen; zum Beispiel etwas über Kyrus Entwurf der Menschenrechte vor 2500 Jahren. Woraufhin seine Augen zu leuchten begannen, er eine kurze, stolze Brandrede über diese Epoche hielt und dann bis zum Feierabend bestens gelaunt war.“

Ich war sprachlos, weil ich als Exilperser oft genug solche Brandreden vor den Europäern gehalten habe. Zwar nicht über die achämenidischen Zeiten und andere ruhmreiche

Leistungen der Perser, aber über Demokratie und jene Chancen und Möglichkeiten, die sie gehabt haben, die Despotie und wirtschaftliche Abhängigkeit zu beenden.

Warum nehmen die europäischen Staaten unseren Willen und Wunsch nach parlamentarischer Demokratie nicht ernst? Persien ist doch im Nahen Osten das erste Land mit einer demokratischen Verfassung gewesen, die nach einer konstitutionellen Revolution zustande gekommen war.

Alles begann im Jahre 1906. Der erste Militärputsch gegen die junge Demokratie in Persien konnte im Jahre 1921 mit logistischer Hilfe Englands die iranische Verfassung faktisch außer Kraft setzen. Die zweite Periode der Demokratisierung wurde 1953 mit Hilfe Englands und der USA durch einen Militärputsch zerschlagen.

Und nicht nur das, die politische Elite des Landes wurde zerschlagen, verjagt und zum Schweigen gebracht, damit aus den Übriggebliebenen eine korrumpierte, im Sinne westlicher Interessen vertrauenswürdige, Gruppe entsteht.

Meinen Brandreden darüber, dass nun, aufgrund der Auswirkungen der islamischen Regierungspolitik, die Zeit gekommen sei, die laizistischen und demokratischen Kräfte des Landes zu unterstützen, wurde zugestimmt, aber es blieb ohne spürbaren Folgen.

Warum zweifelt man in Europa und den USA daran, dass in Persien schon längst der Boden für die Entstehung einer parlamentarische Demokratie bereit steht?

Und das Merkwürdige daran ist, dass man nicht nur bei diesem Zweifel bleibt, sondern tatkräftig allen antidemokratischen Kräften bei der Erhaltung ihrer Macht hilft.

Worauf basierte diese skeptische Haltung der Europäer und US-Amerikaner, die nicht nur den Anstrengungen unserer zivilen Gesellschaft ihre Unterstützung verweigerten und tatkräftig weiterhin jene Kräfte im Iran unterstützen, die die westliche Demokratie als feindliche Mission des Teufels sehen?

Meine Suche nach irgendeiner plausiblen Antwort führte mich zu einem kleinen Buch mit dem Titel: „Eine kurze Geschichte der Demokratie“ von einem Professor, der klassische Philologie an der Universität Bari unterrichtete, namens Luciano Canfora. Er versuchte in seinem Buch für das antidemokratische Verhalten der westlichen Demokraten eine Antwort zu suchen.

Im dritten Kapitel seines Buches fand ich etwas, das mir als Erklärung diskutabel erschien. Er sah die Wurzel der europäischen Zweifel an demokratischer Entwicklung anderswo, und zwar in der Entwicklung der europäischen Demokratie selbst. Im 18. Jahrhundert war die Frage, ob die Menschenrechte, freie Wahlen und die Gleichheit vor dem Gesetz für alle Menschen eine Geltung haben, nicht klar definiert. Für die Sklaven und die farbigen Menschen in den damaligen Kolonien sollten diese Rechte nicht anerkannt werden. Die Bildung von zwei sich anfeindenden Fronten war die Folge.

Die amerikanische Verfassung in ihrer ursprünglichen Version von 1787, in der die Sklaverei keineswegs in Frage gestellt wurde, stand auf den Fahnen der einen Seite, der Beschluss in der Sitzung des Nationalkonvents im Jahre 1794, in dem „in Anerkennung der Prinzipien der Gerechtigkeit und getreu der Erklärung der Menschenrechte Sklaverei mit sofortigen Wirkung“ abgeschafft wurde, auf denen der anderen.

Nach Canforas Beschreibung prallten zwei Freiheitsauffassungen auf einander, *„die der liberalen Engländer, die - mit der Waffe in der Hand – die Institution der Sklaverei verteidigten, und die des Konvents der „Montagne“*.

Der rassistische Faktor, dass ein Schwarzer ein Nicht-Mensch, ein Untermensch sei, war für die liberalen Engländer selbstverständlich. Noch am selben Tag (am 4. Februar 1794), an dem der Konvent Delacroix' Vorschlag annahm, nachdem die Sklaverei in den französischen Kolonien abgeschafft wurde, tauchte vor der Küste Martiniques die englische Flotte auf. Am 24. März 1794 besetzten die Engländer die Insel und führten die Sklaverei wieder ein.

„Wie kam es“ fragte Canfora, „dass die Verfechter dieser „Rechte“ und „Freiheiten“ die Sklaverei in ihren eigenen Kolonien (und denen der anderen, sobald sie sie erobert haben) ja, sogar in ihrem eigenen Land (wie im Fall der Vereinigten Staaten) ganz normal finden konnten?

Er gibt dann selbst eine Antwort darauf:

„An erster Stelle ist ein wirtschaftlicher Grund zu nennen.“

Der Begriff „wirtschaftlicher Grund“ klingt in den Ohren eines Menschen, der aus einem Land stammt, in dem immer noch d. h. nach dem kalten Krieg die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens weiterhin vor den Demokratieinteressen des Landes stehen, zwar wie ein Signal, aber er kann nicht eine vollständige Erklärung für das

antidemokratische Verhalten der Demokraten sein. Unterschwelliger Rassismus spielte auch eine Rolle.

Erst jetzt, nach der Wahl Obama's zum ersten afroamerikanischen US-Präsidenten kann erst jetzt behaupten, dass die Demokratie begonnen hat sich nach 200 Jahren von den Lasten ihrer rassistischen Vergangenheit zu befreien.

Wo stehen nun die Europäer bei dieser Frage?

Nicht ich, vielmehr der italienische Professor ist es, der diese Frage beleuchtet:

„Die Vorstellung, die Demokratie sei eine Erfindung der Griechen, ist weit verbreitet. Sie findet sich noch im europäischen Verfassungsentwurf (2003“). Er meint, „So erkennen wir allmählich den Missgriff, den die Urheber der Präambel zur europäischen Verfassung begangen haben. Als Schulweisheit (eher Unterstufe) haben sie gelernt, dass „Griechenland die Demokratie erfunden hat“ – eine effekthascherische, schematische Formulierung, die sich beim genaueren Hinsehen als falsch erweist“ schreibt Canfora.

Als Philologe belegt er mit historischen Fakten, warum diese Behauptung falsch sei. Er macht ein Streifzug durch die Werke der alten Griechen und behauptet: „Es existieren keine Texte athenischer Autoren, die die Demokratie hochleben lassen. und das wird kein Zufall sein.“

Er fügt dann, um die Gleichung Griechenland = Europa = Freiheit und Demokratie als eine falsche in Frage zu stellen hinzu, dass die Erfinder der Demokratie nicht die Griechen, sondern die Perser waren. Wörtlich:

„Herodot berichtet von einer Debatte, die im Jahre 522/521 v. Chr. Unter den Vornehmsten Persien stattfand und die er in lebendiger dialogischer Form wiedergibt. Man diskutierte über die beste Staatsform, und einer der Vorschläge lautete, in Persien <die Demokratie> einzuführen“.

Ich möchte nicht über die Auslegung von Luciano Canfora in seinem Buch: „Demokratie von Athen bis zur Europäischen Union“, streiten, aber er hat zumindest in einem Punkt recht. Die Auslegung der EU von der Entwicklung der Demokratie ist alt, ideologisch und eurozentristisch.

Herodot behauptete der *„Satrap Mardonios habe in Vorbereitung auf den Angriff gegen Griechenland „alle Tyrannen in den ionischen Städten abgesetzt und Demokratien eingeführt.“*

Seine Auslegung der Quelle (Historien III, s. 80 und Historien VI, s.43), mit solchen Sätze wie: *„Wie in einem so ausgedehnten Reich wie dem persischen die „Demokratie“ ausgesehen haben soll, ist schwer zu sagen; aber es ist keineswegs auszuschließen, dass es für diese Tradition eine Grundlage gab.“* Oder *„Womöglich maß Herodot der Sache deshalb eine so große Bedeutung bei –immerhin fügte er eine ausführliche Erörterung von Otanes’ Vorschlag in sein Geschichtswerk ein-, weil er die persische Vorreiterrolle in Sachen Demokratie hervorheben wollte“*, sollen zumindest historisch überprüft werden.

Canforas Schlussfolgerung dann akzeptierend, dass die Episode sich zehn Jahre vor den Reformen des Kleistenes, die in der athenischen Überlieferung unumstritten als ein Ausgangspunkt für die Demokratie galten, abgespielt haben soll, sieht die Frage der Erfinder der Demokratie ganz anders aus.

Ich sah mich schon Herodot zitierend, wie der persische Chauffeur des Wiener Analytikers, vor den europäischen Zuhörern als Retter der demokratischen Würde Persiens und musste selbst über mich lachen.

Aber warum sollte ich deshalb darauf verzichten?

Als jemand, der der ältesten Demokratiebewegung in Persien angehört, nämlich der Mossadegh-Bewegung, kann ich gut nachvollziehen, was es bedeutet, zwischen zwei Fronten in einen Krieg geraten zu sein. Im Kalten Krieg sind wir von den beiden Seiten verdächtigt worden, das trojanische Pferd der anderen zu sein. Die Westler warfen uns vor, mit unserer Blauäugigkeit Wegbreiter der kommunistischen Herrschaft zu sein. Die Anhänger der Sowjetunion warfen uns vor, Handlanger und Wegbereiter des amerikanischen Imperialismus zu sein. Beide gaben der Demokratie und ihren Anhänger in Persien keine Chance, die Demokratie im Iran zu ermöglichen. So wie sie Lomomba, Sukarno und Aliende keine Chancen gegeben haben, haben sie Mossadegh mit ihren Machenschaften zum Absturz gebracht. Auch mit Bakhtiyar vor der Khomeini Revolution war es nicht anders. Man hat sie systematisch verleugnet, diffamiert und abmontiert, so wie

man in Afghanistan die Talibans und an ihrer Spitze, Bin Laden vor Ahmad Shahmasud, dem liberalsten unter den Mojahidin gestellt und unterstützt hatte.

Die Liste des antidemokratischen Verhaltens der westlichen Demokraten wird so mit länger als alle Bände von den Geschichte aus Tausend und einer Nacht.

Gut, sagen wir all das ist etwas Gestriges. Der kalte Krieg ist vorbei, Ende gut, alles gut, die Sowjetunion existiert nicht mehr, China ist keine ideologische Bedrohung mehr, warum ändern die Europäer ihr Verhalten nicht?

Nur zwei Beispiele:

Beispiel Nr. 1

Datum: 26.11.2008

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung,

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag lobt, empfängt und begleitet diese Tage eine Iranerin durch Deutschland, die der Bundesregierung als Anführerin einer terroristischen Vereinigung gilt. Der Ausschussvorsitzende Andreas Schmidt von der CDU sieht das anders. "Eine mutige Frau" nennt er Mariam Radschawi, die im Pariser Exil lebt und sich "iranische Oppositionsführerin" oder auch "Präsidentin des Nationalen Widerstandsrats Iran" nennt. Am Dienstag besuchte sie mit Schmidt und weiteren Bundestagsabgeordneten das Holocaust-Mahnmal.

Geschichte dieser Organisation: Gegründet im Iran der sechziger Jahre als islamische und marxistisch orientierte Studentenbewegung - Volksmudschahedin -, kämpften sie, angeführt vom Ehemann der Frau Radschawi, gegen den Schah. Trotz anfänglicher Begeisterung für die Revolution Chomeinis wurde bald der bewaffnete Kampf gegen das Mullah-Regime ausgerufen. Die Anführer flohen in den Irak und kämpften auf der Seite Saddam Husseins gegen den Iran.

In Berlin nun, in der feinen Parlamentarischen Gesellschaft,

dankte Frau Radschawi 150 Bundestagsabgeordneten für eine Initiative, die ihre Arbeit unterstütze. Drei prall gefüllte Ordner mit Unterschriften von Abgeordneten aller Fraktionen, unter ihnen neun der 22 Bundestagsausschussvorsitzenden, hätten an die Bundesregierung appelliert, "in Kooperation mit der EU-Ratspräsidentschaft für die Streichung dieses Teroetiketts zu sorgen". Von den anwesenden Abgeordneten spürte Frau Radschawi keinen Argwohn. "Auch Sie haben das Recht zum Widerstand", sagte Schmidt. Er kenne viele von ihren Mitgliedern und wisse, "dass sie alles andere sind als Terroristen". Der SPD-Abgeordnete Heinz Schmitt bewundert die "Beharrlichkeit", mit der der Widerstandsrat für sich werbe - "auch wenn das manchmal wirkt wie bei Drückerkolonnen. Kritik, dass ihre Organisation wie eine Sekte agiere und sie unkritisch verehrt werde, wies Frau Radschawi stets lächelnd als "iranische Propaganda" zurück. (1)

Beispiel Nr. 2

Dieser Vorfall zeigt, wie viele andere Beispiele das doppelbödige Verhalten der Europäer bei der Verteidigung der Demokratie und Menschenrechte in Persien.

Vor zwei Jahren beschließt das Niederländische Parlament einstimmig ein Gesetz, gemäß dem mit 15 Mill. € die Errichtung einer persischen Fernsehstation unterstützt werden soll. Das Niederländische Außenministerium ist dagegen und verteilt diese Summe unter mehreren Organisationen, wodurch die Mittel für die Unterstützung der Pressefreiheit in Persien auf ein Mindestmaß reduziert werden. "Press Now", eine Organisation, die dem Niederländischen Außenministerium nahe steht, wird beauftragt, mit den reduzierten Geldmitteln einen Radiosender und eine Online-Zeitung in persischer Sprache zu errichten. Einige iranische Journalisten arbeiten an dem Projekt und arbeiten, in der Hoffnung, dass das liberale Holland ihre journalistische Unabhängigkeit garantiert. Radio Zamaneh wird als eine interaktive Radiostation ausgebaut. Die Intellektuellen, die Jugendlichen und die Künstler im Iran und im Ausland vertrauen den Witzbolden, die im

Niederländischen Parlament, Außenministerium und bei "Press Now" sitzen und viele von ihnen werden aktiv.

Als die Zahl der Zuhörer und Benutzer des Senders angestiegen ist, kommt plötzlich wie aus heiterem Himmel der Wink des Außenministeriums, dass die Geldmittel unter der Kontrolle der Holländer sein sollen. Der persische Direktor des Senders wird abgesetzt und dem journalistischen Team, das er in Persien und der ganzen Welt zusammengebracht hat, wird nahe gelegt, dass sie, wenn sie nicht mit der Entscheidung des holländischen Außenministeriums einverstanden sind, gehen sollen Lesen wir den Brief, damit wir die Demokratie im liberalen Holland besser kennen lernen.

„Es gab ausreichende Erklärungen zur Entscheidung des Vorstands von Radio Zamaneh hinsichtlich der vorgeschlagenen Position (Chefredakteur) von Herrn Mehdi Jami und seiner negativen Reaktion. Die Ansichten des Vorstands von Press Now als Geldgeber und als unterstützendem Berater für die Entwicklung von RZ sowie des Justizars von RZ sind eindeutig und unwiderruflich. Herr Mehdi Jami wurde von seinen Aufgaben entbunden und wird in Kürze entlassen. Er wird dem Unternehmen nicht mehr angehören. Ich habe unsere Entscheidung auch bereits mit dem Außenministerium besprochen.

Wie der Justiziar von RZ mitteilte, können die Mitarbeiter von Zamaneh, die mit dieser Entscheidung nicht einverstanden sind oder eine engere persönliche Bindung zu Herrn Jami empfinden als zur weiteren Entwicklung von Radio Zamaneh, jederzeit gern einen eigenen Veröffentlichungskanal ins Leben rufen. In dieser Zeit der Krisenbewältigung und der Neustrukturierung des Unternehmens werden weitere Verletzungen der Vertraulichkeit innerer Angelegenheiten von Radio Zamaneh und deren Veröffentlichung, die dem Ansehen von Radio Zamaneh schaden können, nicht mehr hingenommen. Die einzige autorisierte Person, die Kontakt mit den Medien aufnehmen darf, ist der Vorsitzende des Vorstands von Radio Zamaneh, Bijan Moshaver. In seiner Abwesenheit wird Herr Joop Daalmeijer, Mitglied des RZ-Vorstands, für Medienkontakte verantwortlich sein. usw. ...

Zoran Djukanovic

Kommissarischer Director von Radio Zamaneh“

Entwurf eines Klagebriefes an die EU

Ich wollte in diesem Brief auch Luciano Canforas' Auslegung zitieren und bestellte also in der Nationalbibliothek die zwei Bände Historien III und Historien VI von Herodot.

Mit den Fragen: Wer war dieser Persische Adelige Otanes und wer war der Satrap Mardonios, nahm ich eines Tages das Buch Canfora in die Wiener Nationalbibliothek am Heldenplatz mit.

Während der drei Stunden, die ich im Lesesaal der Nationalbibliothek auf die bestellten Bände wartete, formulierte ich den Brief in meinem Kopf. Aber langsam bekam ich das Gefühl, den Gesichtsausdruck des Exilpersers, der als Chauffeur dem berühmten Wiener Psychoanalytiker diente, aufgesetzt bekommen zu haben: ein gebrochener Exilperser, der auf Akzeptanz und Bestätigung der Demokratie in Europa hofft.

Ich stellte mir noch vor, wie ich vor einer Gruppe europäischer Parlamentarier mit einem Band Herodot in der linken und mit dem Buch von Canfora in der rechten Hand stehe, laut schreiend, dass es nun an der Zeit wäre, die Irrtümer in der Präambel der europäischen Verfassungsentwurf aus dem Jahre 2003 zu korrigieren!

Die innere Stimme sagte mir: mach Dich doch nicht lächerlich und ich verzichtete auf die bestellten zwei Bänden von Herodot und den Brief an die EU- Parlamentsabgeordneten und schlich auf leisen Gummisohlen aus dem Lesesaal, um nach Hause zu gehen.

(1)Frankfurter Allgemeine Zeitung, Seite 4, 26.11.2008

Unterschriften gegen das Terooretikett

In Berlin tritt die Präsidentin des "Nationalen Widerstandsrats Iran" dafür ein, dass ihre Organisation von der EU-Terrorliste gestrichen wird. Im Bundestag findet sie breite Unterstützung.

Von Wulf Schmiese

BERLIN, 25. November. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag lobt, empfängt und begleitet dieser Tage eine Iranerin durch Deutschland, die der Bundesregierung als Anführerin einer terroristischen Vereinigung gilt.

Der Ausschussvorsitzende Andreas

Schmidt von der CDU sieht das anders. "Eine mutige Frau" nennt er Mariam Radschawi, die im Pariser Exil lebt und sich "iranische Oppositionsführerin" oder auch "Präsidentin des Nationalen

Widerstandsrats Iran" nennt. Am Dienstag besuchte sie mit Schmidt und weiteren Bundestagsabgeordneten das Holocaust-Mahnmal. Am Abend zuvor war Frau Radschawi auf Einladung der "Gesellschaft für bedrohte Völker" und des "Deutschen Solidaritätskomitees für einen freien Iran" Gastetlicher Bundes- und Landtagstagsabgeordneter im Haus der Parlamentarischen Gesellschaft gegenüber dem Reichstag. Allein deshalb gilt ihr erster Deutschland-Besuch als großer Erfolg für die iranische Widerstandsbewegung, die nach wie vor umstritten ist. Einen Großteil ihrer Organisation bilden die iranischen Volksmudschahedin (PMOI), die eine blutige Geschichte haben. gegründet im Iran der sechziger Jahre als marxistisch orientierte Studentenbewegung, kämpften sie, angeführt vom Ehemann der Frau Radschawi, gegen den Schah. Trotz anfänglicher Begeisterung für die Revolution Chomeinis wurde bald der bewaffnete Kampf gegen das Mullah-Regime ausgerufen. Die Anführer der Volksmudschahedin flohen in den Irak und kämpften auf der Seite Saddam Husseins gegen Iran. Die letzte nachgewiesene militante Aktion liegt 18 Jahre zurück. Es wurden diplomatische Vertretungen Irans in elf Staaten gestürmt, darunter die Bonner Botschaft sowie die Konsulate in Hamburg und München. Doch seit bald einem Jahrzehnt habe die Organisation gänzlich der Gewalt abgeschworen, so wurde berichtet - und wird auch von kritischen Beobachtern versichert. Angeblich sollen erste Informationen über das iranische Atomprogramm von Exiliranern stammen. Dennoch nahm der Außenministerrat der EU die Organisation 2002 immer wieder auf seine Terrorliste, setzte sie also insofern gleich mit der palästinensischen Hamas, der kurdischen PKK und den tamilischen "Tigern". Daraus folgte: EU-Geld gibt es nicht, im Gegenteil: Konten wurden eingefroren. Gegen das "falsche Terroretikett" wehren sich Frau Radschawi und ihre Unterstützer seit Jahren gerichtlich. Die Organisation soll nach eigenen Angaben 120 000 Mitglieder haben. Verschiedene Urteile, zuletzt vor einem Monat durch das Gericht Erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, gaben den Klägern Recht.

In Berlin nun, in der feinen Parlamentarischen Gesellschaft, dankte Frau Radschawi 150 Bundestagsabgeordneten für eine Initiative, die ihre Arbeit unterstütze. Drei prall gefüllte Ordner mit Unterschriften von Abgeordneten aller Fraktionen, unter ihnen neun der 22 Bundestagsausschussvorsitzenden, hätten an die Bundesregierung appelliert, "in Kooperation mit der EU-Ratspräsidentschaft für die Streichung dieses Terroretiketts zu sorgen". Von den anwesenden Abgeordneten spürte Frau Radschawi keinen Argwohn. "Auch Sie haben das Recht zum Widerstand", sagte Schmidt. Er kenne viele von ihren Mitgliedern und wisse, "dass sie alles andere sind als Terroristen". Der SPD-Abgeordnete Heinz Schmitt bewundert die "Beharrlichkeit", mit der der Widerstandsrat für sich werbe - "auch wenn das manchmal wirkt wie bei Drückerkolonnen". Kritik, dass ihre Organisation wie eine Sekte agiere und sie unkritisch verehrt werde, wies Frau Radschawi stets lächelnd als "iranische Propaganda" zurück.